

424/AB XXI.GP

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 455/J - NR/2000 betreffend Werbung für den Schülerstreik, die die Abgeordneten Dr. Martin Graf und Kollegen am 2. März 2000 an mich richteten, wird wie folgt beantwortet:

Ad 1. und 3.:

Die Schulleitung wurde vom Stadtschulrat für Wien darauf hingewiesen, dass die Teilnahme an einer Demonstration während der Unterrichtszeit nicht zulässig ist. Dies wurde von der Schulleitung auch der Schülerversammlung und dem betreffenden Schüler mitgeteilt. Eine Aufforderung, an einer solchen Veranstaltung teilzunehmen, kann daher nicht im Einklang mit den anzuwendenden Rechtsvorschriften stehen.

Ad 2 und 7.:

Es wurde dem Fernsteam die Erlaubnis erteilt, eine bestimmte Unterrichtsstunde, in welcher die Problematik des Demonstrationstages diskutiert wurde, zu filmen. Der Einschub mit der Aufnahme des Schülers wurde erst unmittelbar beim Dreh selbst bekanntgegeben, wobei die Einstellung mit der Ansprache des Schülers auf Wunsch des Aufnahmeteam dargestellt wurde.

Ad 4.:

Es wurden sowohl die Lehrerinnen und Lehrer als auch die Schüler und die Eltern, diese mittels Mitteilungsheft, davon in Kenntnis gesetzt, dass die Teilnahme an der Demonstration während der Unterrichtszeit nicht gestattet ist. Einer eigenen Aufforderung, das Thema im Unterricht im Rahmen der politischen Bildung zu behandeln, bedurfte es nicht, da es zum Standard der Schule gehört, dass aktuelle Ereignisse in den Unterricht einfließen; es fand eine Auseinandersetzung damit in der aufgenommenen Klasse beispielsweise im Fach Deutsch statt.

Ad 5.:

Von insgesamt 575 Schülern der Rahlgasse blieben an diesem Tag insgesamt 251 dem Unterricht zumindest teilweise fern, wobei zu dieser Zeit gleichzeitig zahlreiche Schüler grippebedingt an der Teilnahme am Unterricht verhindert waren.

Ad 6.:

In Abstimmung mit der Schulaufsicht wurden durch die Schulleitung Besprechungen mit Lehrern und Schülervetretern geführt. Die Schülervetreter wurden dabei auf die Möglichkeit der Mitgestaltung am Unterricht, beispielsweise für eine sinnvolle politische Bildung, hingewiesen. Nach Informationen der Schule sind diese in dieser Hinsicht bereits aktiv geworden.